

Chancen der Verwaltungs- und Gebietsreform nutzen

Mehrere Landkreise hatten angekündigt, noch vor Weihnachten gegen die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform klagen zu wollen. „Anstatt Klage einzureichen, deren Erfolg eher unwahrscheinlich ist, sollten die politischen Gremien die Reformchancen nutzen und deutlich machen, welche Landkreisstruktur aus ihrer Sicht zukunftsfähig ist“, erneuerte Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher, den Aufruf der Linksfraktion.

Bisher haben aber die Mehrheiten dieser klagenden Kreistage und Landräte jede Dialogbereitschaft abgelehnt und auf Blockade gesetzt.

„Besser wäre, sie würden zunächst den Vorschlag des Thüringer Innen- und Kommunalministers, Dr. Holger Poppenhäger, zur Kenntnis nehmen, der eben nur ein Diskussionsvorschlag ist. Es obliegt jetzt den Kreistagen und den Landräten, gegenüber dem Land zu verdeutlichen, welche Neugliederung angestrebt wird“, so Frank Kuschel weiter.

Mit den jetzigen Beschlüssen wird aber dem Land signalisiert, dass sie keinen Dialog wollen. „Die Landräte, die einseitig nur auf die Risiken der Reform setzen, ohne die Chancen auch nur ansatzweise zu benennen, handeln verantwortungslos und par-

teipolitisch. Sie gefährden die Zukunft ihrer Region“, stellte der LINKE Kommunalexperte fest. Und er erläuterte: Kein Landkreis in Thüringen besitzt eine eigene Leistungsfähigkeit. Diese resultiert ausschließlich aus den Zuweisungen des Landes und der Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden.

Die Kreistage können bis zum Frühjahr eigene Strukturvorschläge machen

Etwa 60 Prozent der Landkreisgelder sind Landeszuweisungen. Rund 35 Prozent steuern die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage bei. Nur etwa ein Prozent der Landkreisausgaben betreffen die sogenannten freiwilligen Aufgaben, die letztlich kommunale Selbstverwaltung prägen. „Es war die CDU, die bereits 1994 die sogenannte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Landkreise aus der Kommunalverfassung streichen ließ. Seitdem sind die Landkreise in Thüringen nur noch reine Verwaltungsebenen, die zudem viel zu hohe Kosten verursachen. Diese Kosten belasten sowohl die Gemeinden als auch das Land“, so Frank Kuschel. Bis zum Frühjahr haben die Kreistage nun die Möglichkeit, sich mit einem eigenen Strukturvorschlag an Landeregierung und

Landtag zu wenden. Kommt dieser nicht, kann davon ausgegangen werden, dass der Diskussionsvorschlag des Fachministers durch den Landtag gesetzgeberisch umgesetzt wird.

Bezüglich der Klageerhebungen hat sich Frank Kuschel auch die Kostenfrage gestellt: „Die Klagebefürworter sollten, wenn sie vom Klageerfolg überzeugt sind, erklären, dass sie die Kosten tragen.“ Es sei schließlich nicht begründbar, dass die Bürger dafür gerade stehen sollten. „Ohnehin stellt sich die Frage, wogegen die betreffenden Landkreise klagen wollen. Eine Klagevoraussetzung ist, dass der Kläger in seinen Rechten verletzt sein könnte.“

„Sie wollen politisch Stimmung gegen Rot-Rot-Grün machen“

Der Abgeordnete weist jedoch darauf hin, dass es im Vorschaltgesetz nur die Regelung gibt, wonach Landkreise mindestens 130.000 Einwohner haben sollen. „Es gibt weder einen Zeitplan noch eine konkrete Strukturvorgabe. Es ist offensichtlich, dass die zuständigen Landräte und Kreistagsmehrheiten nicht die Interessen ihrer Regionen vertreten, sondern vielmehr politisch Stimmung gegen Rot-Rot-Grün machen wollen“, sagt Frank Kuschel.

Im Gegensatz zu den Landkreisen agieren jedoch andere kommunale Verantwortungsträger sehr konstruktiv. „Die intensive Debatte zur Gemeindeneugliederung belegt, dass hier im Gegensatz zur Landkreisebene mit Vernunft die Reformchancen genutzt werden. Gerade die Gemeinden werden durch die Reform gestärkt, und für die Bürgerinnen und Bürger werden sich die Behördenwege erheblich verkürzen.“

Alle kommunalen Leistungen, auch die der Landkreise, werden künftig in den Gemeinden wahrgenommen. „Zur Kreisverwaltung müssen Bürgerinnen und Bürger nur noch im Ausnahmefall fahren. Ein Landrat, der die Bürger-Belange im Blick hat, müsste die Reform unterstützen, statt sie zu blockieren“, betonte der Landtagsabgeordnete. ■

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

„Konstruierter Unsinn“

Eine „persönliche Bemerkung zum Schluss“, drohte der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke in einer an Verbalinjurien ohnehin reichen Rede (er erhielt von Landtagspräsident Christian Carius einen Ordnungsruf) am 9. Dezember im Thüringer Landtag an: er könne „diesen ganzen konstruierten Unsinn, den uns angebliche Sozialwissenschaftler verkaufen wollen, nicht mehr ertragen“. Gemeint waren Expertisen zum Rassismus. Mit brüchiger Stimme ergänzte Höcke: „Die Menschen da draußen sehnen sich nach etwas Normalem“ – als Gegensatz zur „Konstruktion“ durch Wissenschaftler. Wie gewohnt beendete Höcke seinen Auftritt mit einer Drohung in Richtung der anderen Landtagsfraktionen.

Die Sprache der AfD sei auf Skandalisierung, Feindseligkeit gegen Eliten (gemeint sind Etablierte) und eine völkische Ideologie ausgerichtet, hat eine sprachwissenschaftliche Studie unlängst deutlich gemacht. Höcke gibt dafür den Idealtyp. Zu seinen Auftritten gehört inzwischen noch der Gestus des völkischen Leidensmannes, dem angesichts der Entbehrungen, die er für sein Volk auf sich nimmt, schon einmal die Augen feucht werden. Noch dazu bei den Zumutungen, die er ertragen muss, beispielsweise Sozialwissenschaftler.

Die Soziologie, deren Produkte in Form des „Thüringen Monitors“ Höcke im letzten Jahr noch als für seinen Holzofen geeignet einschätzte, blickt kritisch hinter die Kulissen. Einem Höcke kann das natürlich nicht recht sein. Dass der NS-Rhetorik benutzt, ist durch die Analysen des – jawohl – Soziologen Andreas Kemper öffentlich geworden. Höckes Wissenschaftsfeindlichkeit wie seine Norm-Fixierung haben ihre Entsprechungen übrigens im deutschen Faschismus. „Wer redet und denkt wie ein Nazi ist ein Nazi“, hat Kemper in Richtung Höcke formuliert. ■

Politik transparenter machen

Was ist die „Indemnität“ eines Abgeordneten? Was verbirgt sich hinter dem „D'hondtschen Verfahren“ und wo wird es angewandt? Wann kommt es zur „Diskontinuität“? Alle drei Begriffe sind Fachtermini, die der Parlamentssprache entstammen, wie sie auch im Thüringer Landtag verwendet wird. Für Bürgerinnen und Bürger handelt es sich dabei nicht selten um ein schwer verständliches Fachdeutsch, das Distanz schafft.

Im THK Verlag Arnstadt ist jetzt das „Kompaktlexikon Thüringer Landtag“ erschienen. Die Autoren Frank Kuschel und Stefan Wogawa „übersetzen“ und erläutern in knapper, präziser und verständlicher Form die wichtigsten Begriffe rund um das Thüringer Landesparlament. Damit wollen sie ausdrücklich einen Beitrag dazu leisten, Politik transparenter zu machen. Ihr Lexikon gibt damit auch einen ... Einblick in den parlamentarischen Arbeitsalltag.

Die „Indemnität“ ist übrigens die Rechtsvorschrift, dass Abgeordnete nicht wegen ihres Abstimmungsverhaltens oder wegen Äußerungen, die sie im Landtag oder dessen Ausschüssen machen, gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden dürfen (Ausnahme: verleumderische Beleidigungen). Das „D'Hondt'sche Verfahren“ ist eine mathematische Methode zur Berechnung der Sitzverteilung,



die im Thüringer Landtag u.a. bei der Besetzung der Ausschüsse Anwendung findet. Werden parlamentarische Vorlagen vom Landtag während der Wahlperiode nicht abgearbeitet (also nicht zu Ende beraten), gelten sie als erledigt. Das wird als „Diskontinuität“ bezeichnet. (ar)

Frank Kuschel/Stefan Wogawa: *Kompaktlexikon Thüringer Landtag. Mit der Verfassung des Freistaats Thüringen*, THK Verlag Arnstadt, ISBN 978-3-945068-08-3, 9,90 EUR ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in
UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.